Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschußbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 17.10.2003	
	Schriftführer Herr Kredelbach	Telefon-Nr. 02202/142237

Niederschrift

Hauptausschuß	**Sitzung am Donnerstag, dem 9. Oktober 2003**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:04 Uhr – 19:38 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A <u>Öffentlicher Teil</u>

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2003 – öffentlicher Teil -
492/2003, Seite 5

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

5. Personalwirtschaftliche Situation unter den Bedingungen des Haushaltssicherungskonzeptes
- Sachdarstellung der Verwaltung -
530/2003, Seite 9

6. Anbindung an die Autobahn A 4
520/2003, Seite 11

7. 6. Änderung des Nahverkehrsplans des Rheinisch-Bergischen Kreises
521/2003, Seite 15

8. Verwendung der Landeszuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit
523/2003, Seite 19

9. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 28.07.2003
522/2003, Seite 47

10. Anhörung zur Bestellung der stellvertretenden Vorsitzenden und von Mitgliedern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach
429/2003, Seite 49

11. Änderung der Zuständigkeitsordnung
- hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses
397/2003 (Vorlage aus der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 25.09.2003)

12.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2003 zur Zukunft der Stadtverkehrsgesellschaft
531/2003, Seite 53

12.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2003 zur Sicherung des ÖPNV-Angebotes der Stadt
532/2003, Seite 57

12.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 23.09.2003, die Bürgermeisterin zu beauftragen, zur nächsten Ratssitzung den Entwurf einer überarbeiteten Fassung der städtischen Satzung über die Durchführung von Bürgerentscheiden vorzulegen
534/2003, Seite 59a

13. Anfragen der Ausschußmitglieder

B <u>Nichtöffentlicher Teil</u>

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung
- nichtöffentlicher Teil -

2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2003 - nichtöffentlicher Teil -
494/2003, Seite 61

3. Mitteilungen der Bürgermeisterin

4. Anfragen der Ausschußmitglieder

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**

@->
Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Unterlagen:

1. die Einladung vom 26.09.2003 mit den dazugehörenden Vorlagen,
2. die Beschlußvorlage 397/2003 zu Pkt. 11 des öffentlichen Teiles,
3. das Schreiben vom 29.09.2003 mit der Vorlage zu 12.3 des öffentlichen Teiles,
4. die Anregung nach § 24 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Firma Pütz-Roth Bestattungen und Trauerbegleitung u. a. zur Realisierung eines Autobahnzubringers über die Bahndammtrasse, die allen Ausschußmitgliedern als Tischvorlage ausgehändigt wurde.

Frau Ryborsch bittet darum, die Anträge ihrer Fraktion zu 12.1 und 12.2 des öffentlichen Teiles im Zusammenhang mit Pkt. 7 des öffentlichen Teiles zu behandeln, da ein inhaltlicher Zusammenhang gegeben sei.

Hierüber besteht Einvernehmen.

<-@

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

@->
Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 08.07.2003 - öffentlicher Teil -**

@->
Bürgermeisterin Opladen korrigiert den Durchführungsvermerk zu Pkt. 13 des Berichtes dahingehend, daß die Mitteilung über die Benennung nicht gegenüber Herrn Hermann Becker und Herrn Lasse Pütz erfolgte, sondern gegenüber dem Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

<-@

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

@->

Mitteilung zu städtepartnerschaftlichen Aktivitäten

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß sie vom Bürgermeister der Partnerstadt Bourgoin- Jallieu mit Schreiben vom 30.09.2003 eingeladen wurde, am 17.10.2003 an der Einweihung einer neuen Mediathek sowie einer Feier anläßlich des 10jährigen Bestehens der Partnerschaft von Bourgoin- Jallieu mit der chinesischen Stadt Wujiang teilzunehmen. Sie habe mit Hinweis auf die derzeitige schwierige Haushaltslage die Teilnahme abgesagt und erklärt, daß man zur Zeit gezwungen sei, auf die Durchführung von freiwilligen Aufgaben zu verzichten bzw. nur solche zu leisten, die unbedingt notwendig sind. Dies bedeute für die Aktivitäten mit den Partnerstädten, daß die Stadt in diesem Jahr nur noch die Besuche durchführen werde, die bereits seit längerem mit den Partnern vereinbart wurden.

Zu letzterem gehöre z. B. eine Veranstaltung anläßlich des 10jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft zwischen Psczyna und Bergisch Gladbach, die am Freitag, dem 28.11.2003 ab 16.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses Bensberg stattfinden werde. Zu dieser habe eine kleine offizielle Delegation aus Psczyna bereits die Teilnahme zugesagt. Zur Jubiläumsfeier würden alle Ratsmitglieder noch schriftlich eingeladen. Sie bittet die Ausschußmitglieder, sich bereits jetzt den Termin vorzumerken.

<-@

5. Personalwirtschaftliche Situation unter den Bedingungen des Haushaltssicherungskonzeptes
- Sachdarstellung der Verwaltung -

@->

Personaldezernent Kreilkamp erläutert mittels einer PowerPoint- Präsentation die personalwirtschaftliche Situation der Stadt Bergisch Gladbach unter den Bedingungen des Haushaltssicherungskonzeptes. Die Ausdrucke der Präsentation werden den Mitgliedern des Hauptausschusses sowie den Fraktionen zugestellt.

Danach beantworten Bürgermeisterin Opladen und er die aus der Mitte des Ausschusses gestellten Fragen.

Bürgermeisterin Opladen empfiehlt, die Inhalte des Vortrages zunächst in den Arbeitskreisen der Fraktionen zu erörtern. Auf Nachfrage von Herrn Orth stellt sie klar, daß die Angelegenheit danach erneut im Hauptausschuß als Personalausschuß diskutiert werde und die Fraktionen ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme erhielten.

Frau Ryborsch bittet um eine Erörterung im Hauptausschuß unabhängig von den Beratungen zum Stellenplan. Sie möchte wissen, welche Rolle künftig das vernachlässigte zentrale Controlling spielen solle, in welcher Weise die bislang durch befristet eingestellte Arbeitskräfte wahrgenommenen Aufgaben künftig erfüllt werden, wie den bereits jetzt in einigen Bereichen gegebenen außerordentlichen Arbeitsspitzen begegnet werde und wie die Verwaltung künftig mit der Anregung ihrer Fraktion hinsichtlich einer Personalkostenbudgetierung umgehen wolle.

Herr Waldschmidt fragt an, wie die konkrete Personalkostensituation im unmittelbaren Umfeld des Verwaltungsvorstandes, insbesondere im Bereich des Bürgermeisterbüros, sei.

Herr Ziffus möchte wissen, ob bei der Zusammenlegung der Kulturbetriebe tatsächlich Einspareffekte erzielt wurden oder dies lediglich dazu diente, noch vorhandene Rücklagen des einen Betriebes zur Minderung des städtischen Zuschusses für den anderen zu verwenden. Des weiteren bestehe eine Diskrepanz zwischen der Absicht auf der einen Seite, Aufgaben des Hochbaubereiches auf die Rheinisch- Bergische Siedlungsgesellschaft zu übertragen, und auf der anderen, die städtischen Anteile an dieser Gesellschaft entsprechend dem noch abzuarbeitenden FDP- Antrag veräußern zu wollen. Zuletzt sei auch eine Leitbilddiskussion notwendig. Nur auf der Basis von Leitbildern könne eine exakte Zieldefinition und damit Festlegung der zu erfüllenden Aufgaben erfolgen.

Herr Dr. Kassner fordert im Zusammenhang mit weiteren Personaleinsparungen auch eine Reduzierung von Aufgaben bzw. Standards. Mit Blick auf das Übersoll bei den Personalkosteneinsparungen für 2003 möchte er wissen, ob dieses bereits ein Vorgriff auf die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes für die Folgejahre zu leistenden Beträge sei. Wichtig sei auch zu klären, welche Auswirkungen die von der rot-grünen Landesregierung verfügte Mehrarbeit für Beamte ab 01.01.2004 auf den Stellenplan habe. Hieraus ergebe sich ein möglicher Einspareffekt von etwa 20 Stellen. Er erwarte, daß sich hieraus bereits im nächsten Stellenplan Stelleneinsparungen ergeben, wenngleich die Stelleninhaber auch weiter beschäftigt würden. Er möchte weiterhin wissen, ob es auch zukünftig ein zentrales Verwaltungscontrolling mit Servicefunktion für die gesamte Verwaltung geben werde und ob Überlegungen hinsichtlich eines Outsourcings angestellt wurden.

Personaldezernent Kreilkamp macht keinen Hehl daraus, daß sich das zentrale Verwaltungscontrolling bislang nicht so wie ursprünglich beabsichtigt entwickelt habe. Es sei nunmehr eine Korrektur zunächst dahingehend beabsichtigt, dieses im Bereich der Verwaltungsspitze zu intensivieren. Dort ermögliche es auf Sicht auch ein kontinuierlicheres Berichtswesen bis zur Politik. Durch das Ausscheiden befristet eingestellter Arbeitskräfte müsse in den Fachbereichen Arbeit aufgefangen werden. Das Ausscheiden der Zeitarbeitskräfte verlaufe nicht konfliktfrei. Es gebe Fälle, die in die Einigungsstelle gingen oder beim Arbeitsgericht anhängig seien. Dennoch würden Zeitarbeitsverträge konsequent nicht mehr verlängert. Vor Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements sei eine Personalkostenbudgetierung wenig sinnvoll. Die Einführung des Managements zwinge ohnehin dazu, alle Formen der Budgetierung neu zu überdenken und zu ordnen.

Für die heutige Darstellung habe man sich unter dem Blickwinkel der Hauptausschußzuständigkeit vorwiegend auf den Kameralhaushalt beschränkt und vor seinem Hintergrund die personelle Entwicklung nachvollzogen. Die bisher erzielten Einsparungen seien insbesondere durch ein Auslaufen bestehender Verträge oder Freiwerden von Stellen erreicht worden. Hinsichtlich einer Einbindung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft in den Hochbau und das Gebäudemanagement gebe es bislang nur erste Gespräche. Es handele sich für eine Neuordnung in diesen Bereichen jedoch nur um eine Möglichkeit neben anderen. Eine Leitbilddiskussion sehe er zur Zeit als wenig sinnvoll an, jedoch sei es wichtig, strategisch sauber und zielorien-

tiert festzulegen, ob bzw. wo Standardreduzierung oder Aufgabenverzicht erfolgen sollen. Das Übersoll bei den diesjährigen Personalkosteneinsparungen stelle bereits einen Vorgriff auf die Zielsetzungen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes dar. Wie sich dies in der Fortschreibung auf die Folgejahre auswirke, müsse sich zeigen. Zur Zeit würden die Rahmenbedingungen für das kommende Jahr erarbeitet. Hier seien auch die Abschlüsse der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und das dort anzuvisierende Einsparpotential von Interesse.

Aus den beamtenrechtlichen Arbeitszeitmaßnahmen resultierende Stelleneinsparungen könnten nur dort greifen, wo es mehrere gleichgelagerte Stellen gebe. Bei Einzelstellen mit Spezialfunktionen könne das Einsparpotential nicht ausgeschöpft werden. Zur finanzwirtschaftlichen Steuerung ergänzt er, daß in Fachbereich 2 derzeit eine neue betriebswirtschaftliche Abteilung entstehe. Aus Fachbereich 1 sei die Kosten- und Leistungsrechnung bereits zu Fachbereich 2 übertragen worden. Zur Zeit werde abgestimmt, inwieweit die Buchhaltung der einzelnen Fachbereiche in Fachbereich 2 zentralisiert werde. Beabsichtigt sei ein Erreichen von mehr Effizienz. Die Frage nach einem Outsourcing müsse im Einzelfall untersucht werden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Organisationsuntersuchung im Hochbau.

Frau Schneider möchte wissen, ob im Zuge des langjährigen Personalabbaus auch tatsächlich Aufgaben ab- oder aufgegeben wurden. Auf der anderen Seite habe Personalmangel in bestimmten Situationen zu einem finanziellen Desaster geführt. Es sei sinnvoll, in Bereichen, die Geld brächten, Personal vorzuhalten. Sie möchte konkret wissen, welche Leistungen zu einer weiteren Personaleinsparung konkret abgebaut werden müssen.

Frau Wöber- Servaes erbittet eine Information zur Situation der Auszubildenden.

Herr Orth erinnert daran, daß die SPD-Fraktion im Februar/ März d. J. in eigenen Entwürfen von einem wesentlich höheren personellen Einsparpotential ausgegangen sei als die Verwaltung. Die Entwicklung in diesem Jahr gebe ihr Recht. Der Erfolg sei dazu durch reine personalwirtschaftliche Maßnahmen erzielt worden, nicht durch strukturelle. Er geht davon aus, daß die Bürgermeisterin mit ihrem Projekt zur Aufgabenkritik des Jahres 2002 gescheitert sei, weil Personaldezernent Kreilkamp in seinem Vortrag gerade strukturelle Maßnahmen angemahnt habe. Die Frage von Herrn Waldschmidt habe dieser nicht beantwortet. Es sei hier nicht um eine Differenzierung zwischen dem Kameralhaushalt und dem Haushalt der Eigenbetriebe, sondern um die Stellenentwicklung im Bereich der Führungsebene gegangen. Er bittet um eine **schriftliche Darstellung** der Entwicklung in diesem Bereich seit 1999. Zwischen 1994 und 1998 seien auf der Grundlage einer Aufgabenkritik 274 Stellen abgebaut worden. Seit 1999 seien nach Aussage im Vortrag 101 weitere Beschäftigte aus den Diensten der Stadt ausgeschieden. Über deren Stellen sei jedoch keine Aussage getroffen worden. Seines Wissens nach seien seit 1999 überhaupt keine Stellen eingespart, sondern im Gegenteil sogar zugesetzt worden. Grund hierfür sei das bisherige Fehlen einer Strukturreform.

Herr Hoffstadt bittet darum, ebenfalls **schriftlich darzustellen**, wie künftig Einnahmeverluste durch hohe Arbeitsrückstände vermieden werden können. Hier habe es in der Vergangenheit in der Personalwirtschaft offensichtlich Mängel gegeben.

Personaldezernent Kreilkamp betont, daß der bisherige gravierende Personalabbau

innerhalb der Verwaltung spürbar werden mußte. Nicht besetzte Planstellen seien zwangsläufig die Folge von Personaleinsparungen. Die Verwaltung versuche hieraus resultierende Engpässe aufzufangen so gut es gehe. Eine Arbeitsverdichtung sei jedoch nur bis zu einem gewissen Maß möglich. Auch der Auszubildendenbereich hätte nicht unangetastet bleiben können. Ausgebildet werde vor allem noch im gewerblich-technischen Bereich. Hier bestehe bei einer Nichtübernahme am ehesten die Chance, einen Arbeitsplatz auch in der freien Wirtschaft zu finden. Im reinen Verwaltungsbereich werde nur noch zurückhaltend ausgebildet, da hier für die Absolventen bei einer Nichtübernahme auch in anderen Verwaltungen kaum noch eine Möglichkeit bestehe, eine Stelle zu bekommen. Generell erfolge eine Übernahme der Auszubildenden nur noch in Abhängigkeit von deren Prüfungsergebnis. Bei den bisherigen Sparanstrengungen habe ein Ausschöpfen der internen Einsparungsmöglichkeiten im Vordergrund gestanden. Bislang sei es gelungen, den Personalabbau ohne tiefe Einschnitte in den Bürgerservice vorzunehmen. Auch weiterhin werde es vorrangig darum gehen, durch Kooperation und andere organisatorische Maßnahmen Personal abzubauen. Letztlich könnte ein deutlicher Aufgaben- und Standardabbau in einem strategischen Verfahren am Ende der Maßnahmekette erforderlich werden. Er weist darauf hin, daß die Stadt im Vergleich zu anderen Kommunen gleicher Größe auch hinsichtlich ihrer personellen Ausstattung im Führungsbereich sehr gut dastehe.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, den Fraktionen die Ausdrucke der PowerPoint-Präsentation zur internen Beratung zur Verfügung zu stellen. Man werde im Hauptausschuß als Personalausschuß auf die Problematik zurückkommen.

<-@

6. Anbindung an die Autobahn A 4

@->

Stadtbaurat Schmickler erläutert die Vorlage. Er stellt fest, daß die gemeinsamen Bemühungen der Städte Köln und Bergisch Gladbach für ein Projekt zur verbesserten Anbindung an die A 4 nicht zum Erfolg geführt haben. Mit Schreiben vom 12.05.2003 habe die Firma Pütz-Roth Bestattungen und Trauerbegleitung in Gemeinschaft mit anderen Unternehmern und interessierten Persönlichkeiten auf der Grundlage des § 24 Abs. 1 GO NW eine Anregung zur Realisierung eines Autobahnzubringers auf der Bahndammtrasse unterbreitet. Mit diesem Vorgang habe sich der Ausschuß für Anregungen und Beschwerden in seiner Sitzung am 02.07.2003 befaßt und sie in der Sache an den Hauptausschuß überwiesen. In formeller Hinsicht habe der Ausschuß die Anregung für sich selbst als erledigt erklärt.

Mithin könne der Hauptausschuß heute über diese Anregung, die allen Mitgliedern als Tischvorlage zur Kenntnis gegeben wurde, in der Sache entscheiden. Für den Fall, daß er sich der Anregung anschließe, müsse man die weiter zu untersuchende Trasse festlegen. Unabhängig von jeder Trassenführung habe die Straße eine überregionale Entlastungsfunktion und müsse als Landesstraße eingestuft bleiben. Die Baulast gehöre in den Verantwortungsbereich von NRW. Zudem stünden keine finanziellen Mittel im städtischen Haushalt hierfür zur Verfügung. In Bezug auf die Bahndammtrasse müsse eine Machbarkeitsstudie die technische Realisierung sowie verkehrstechnische Anbindung bis hin zur A 4 klären. Ein besonderer Schwerpunkt liege hierbei auf der Lärmschutzproblematik, die sich nur in den Griff bekommen lasse, wenn man über eine Tunnellösung für größere Teile der Straße diskutiere. Eine oberirdische Lösung sei ohne das Zerteilen des Stadtgebietes durch eine Lärmschutzwand nicht in

der Lage, hinreichenden Lärmschutz zu gewährleisten. Er bittet den Hauptausschuß, auch zu dieser Problematik Position zu beziehen.

Herr Orth spricht sich für eine Realisierung des Planfalles 6 (Bahndammlösung) bis hin zur A 4 aus. Das Bauwerk solle überall dort, wo es notwendig sei, als Tunnellösung ausgeführt werden. Er beantragt, der o. g. Anregung nach § 24 GO NW in der Sache zu folgen.

Herr Ziffus sieht in der Realisierung einer wie immer auch geführten L 286 n keine Entlastung in Bezug auf die heutigen Verkehrsprobleme. Hierzu müßten Diskussionen in ganz anderen Bereichen geführt werden. Mit der Realisierung einer wie immer auch gearteten Straße könne frühestens in 15 Jahren begonnen werden. Er bewertet die Einführung des Schülertickets als bemerkenswerten Beitrag zur Verkehrsentlastung auf den Bergisch Gladbacher Straßen. Es müsse über eine Vielzahl von schnell realisierbaren Maßnahmen gesprochen werden, um eine staufreie Anbindung über die bereits vorhandenen Straßen an die A 4 zu erreichen. Durch Verbesserungen im ÖPNV könnten mehr Personen als bisher für eine Akzeptanz des Jobtickets gewonnen und damit eine weitere 10 %ige Entlastung erreicht werden. Notwendig sei des weiteren eine kostendeckende Parkraumbewirtschaftung. Er regt an, die Stadtverkehrsgesellschaft in einen Eigenbetrieb zu überführen und dieser die Parkraumbewirtschaftung zuzuschlagen. Außerdem seien das Radwegenetz auszubauen und die Schienennutzung durch die Firma Krüger zu fördern. Er hält eine Straße in Tunnelbauweise mit zusätzlichem Bahn- Overfly aufgrund der in Zickzacklinie verlaufenden Verschlottungen und des hohen Grundwasserdrucks kaum, und wenn ja nur unter außerordentlich hohen Kosten, für realisierbar. Wenn überhaupt, sei eine Straße auf dem Bahndamm nur in Hochlage mit Überdachung möglich. So etwas könne jedoch nicht gewollt sein.

Für Herrn Neuheuser dient das Straßenprojekt kaum der Entlastung der vom Verkehr belasteten Anwohner der Hauptverkehrsstraßen, sondern in der Hauptsache der Wirtschaftsförderung. Letztere sei Begründung genug, jedoch müsse die Straße in Tunnelbauweise realisiert werden. Für den Fall eines Beschlusses stelle sich zunächst die Frage der weiteren Kosten. Aufgrund ihrer finanziellen Situation könne die Stadt keine weiteren Beträge für eine Realisierung der Straße ausgeben. Keinesfalls könne der Bau der Straße zu Lasten von Jugendzentren oder Sozialeinrichtungen gehen. Er möchte vor einer Entscheidung wissen, wann welche Kosten entstehen.

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, daß als Finanzierungsquelle für ein weiteres Gutachten nur der Bahnflächenpool NRW in Frage komme. Insoweit werde die Verwaltung, einen entsprechenden Beschluss des Hauptausschusses vorausgesetzt, Anträge zur Aufnahme der Straße in den Landesstraßenbedarfsplan und in den Bahnflächenpool stellen. Letzterer könne ein weiteres Gutachten zu 100 % fördern. In diesem würden u. a. auch alle von Herrn Ziffus aufgeworfenen Fragen geklärt.

Bürgermeisterin Opladen betont, daß es aus dem städtischen Haushalt keine Mittel für ein solches Gutachten geben könne.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß das Lkw- Aufkommen in den nächsten Jahren noch deutlich zunehmen werde. Maßnahmen im Bereich des ÖPNV seien nicht geeignet, hier für Abhilfe zu sorgen. Er stellt folgenden Antrag:

1. Der Hauptausschuß spricht sich für eine Weiterführung der Planungen auf der Grundlage einer konkret zu bestimmenden Trasse aus.

2. Die Planungen sollen für den Planfall 6 (Bahndammtrasse) von der geplanten Querspange (Verbindungsstraße zwischen der Bensberger Straße und dem Refrather Weg) bis zur Brüderstraße als Anbindung an die A 4 erfolgen.

3. Bedingung für die weiteren Planungen ist eine Untertunnelung der Trasse.

4. Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt die Aufnahme dieser Trasse in den Landesstraßenbedarfsplan.

5. Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt des weiteren die Aufnahme des Bahndamms in den Bahnflächenpool NRW.

Er weist darauf hin, daß diese Konzeption bedinge, auch die Querspange und einen Teil der Brüderstraße mit in den Landesstraßenbedarfsplan aufzunehmen.

Auch Herr Buchholz geht davon aus, daß mit Verbesserungen im ÖPNV- Bereich den Problemen nicht hinreichend begegnet werden könne. Zudem unterliege keine Firma dem Zwang, das Jobticket für ihre Mitarbeiter einzuführen. Auch eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung bewirke keinen Effekt im Sinne von Herrn Ziffus´ Einschätzungen. Er bewertet die technischen Probleme als nicht so gravierend wie dieser.

Für Frau Schmidt-Bolzmann ist die Realisierung des Planfalles 6 in Tunnelbauweise aufgrund der hohen Kosten vollkommen unrealistisch. Sie geht davon aus, daß eine solche Straße im Landesstraßenbedarfsplan mit keiner Priorität ausgestattet werde. Die Straße ruiniere lediglich die Stadt, sei nur für bestimmte Wählerschichten und bringe weder den vom Verkehr Betroffenen noch den Gewerbetreibenden im Bereich der Zinkhütte etwas. Sie erinnert daran, daß die Realisierung durch Rückbaumaßnahmen im Bereich der Bensberger und der Dolmanstraße begleitet werden solle. Nur so könne der notwendige Druck für eine Benutzung der neuen Straße ausgeübt werden. Für eine Entlastungsstraße sei nur eine Anbindung an das Merheimer Kreuz sinnvoll. Eine realistische Chance auf die Verwirklichung einer solchen Variante bestehe allerdings nicht. Insoweit könnten nur weitere Verbesserungen im Verkehrsablauf im gesamten Stadtgebiet entsprechend den Bemühungen ihrer Partei Entlastungen bringen. Sie geht davon aus, daß der motorisierte Individualverkehr in Zukunft eher abnehme. Sie schlägt vor, Punkt 1 der beiden in der Vorlage aufgezeigten Entscheidungsalternativen zu folgen.

Für Herrn Dehler wäre eine Anbindung an das Merheimer Kreuz die optimalere Lösung gewesen. Die Planfälle 5 und 6 seien lediglich Notlösungen. Er möchte wissen, ob vor dem Hintergrund einer Straßennutzung des Bahndammes das 2001 beratene Stadtbahnkonzept weiter verfolgt werden könne.

Stadtbaurat Schmickler geht davon aus, daß eine gleichzeitige Nutzung des Bahndammes für eine in Tunnellage geführte Straße und eine darüber geführte Stadtbahnlinie kaum möglich ist. Die Probleme lägen weniger in der dann vorzusehenden Bauweise als an den Verknüpfungspunkten. Entsprechend den Prognosen würden die Verkehrsmengen in den nächsten Jahren weiter steigen. Selbstverständlich gebe es

innerhalb dieses Prozesses verschiedene Abstufungen. Der Zuwachs werde sich vor allem im Bereich des Güterverkehrs vollziehen. Im motorisierten Individualverkehr werde die berufliche Nutzung ab- und die freizeitmäßige Nutzung zunehmen. Der ÖPNV könne hier nur ein Regulativ für den Berufsverkehr darstellen. Für den Freizeitverkehr erfülle er diese Funktion nicht.

Herr Neuheuser möchte wissen, ob im weiteren Verfolg des Projektes städtische Mitarbeiter einzubinden seien. Weiterhin fragt er an, ob sich für den Fall eines positiven Beschlusses heute und der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie eine Verpflichtung oder die Vorgabe eines Zeithorizontes zum Bau der Straße ergebe.

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, daß das Gutachten nicht durch die Verwaltung erstellt werde. Dennoch müßten Mitarbeiter im Rahmen der üblichen Projektabwicklung mit eingebunden und dem beauftragten Ingenieurbüro zugearbeitet werden. Die Straße selbst sei als Landesstraße zu bauen, wenn sie im Landesstraßenbedarfsplan Aufnahme finde.

Herrn Orth geht es beim Votum seiner Fraktion auch um Projekte, die zwar vom Land gefördert werden, aber nicht unbedingt eine Landesstraße darstellen. Wesentlich sei die Sicherstellung der Finanzierung. Er stellt fest, daß der Antrag der CDU mit dem seiner Fraktion weitgehend identisch ist.

Frau Ryborsch stellt jede Realisierungsmöglichkeit des Straßenprojektes in Abrede. Sie verweist auf die Entscheidung in Köln, die gegen ein solches ausgefallen sei. Die Erstellung eines weiteren Gutachtens könne nur als sinnlos erachtet werden. Sie weist darauf hin, daß nicht der Güterverkehr, sondern der motorisierte Individualverkehr die Straßen verstopfe und lehnt die Beschlußvorschläge ab.

Herr Müller hält den Zeithorizont von etwa 15 Jahren für eine Verwirklichung der Straße für realistisch. Dennoch müsse die Entscheidung getroffen werden. Er weist auf geplante städtebauliche Maßnahmen in der Stadtmitte hin. Die Entwicklung eines gesunden Zentrums bedürfe einer entsprechenden Infrastruktur. Er geht davon aus, daß die Bahndammlösung nur in einer größtenteils unterirdischen Lösung in Frage komme.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß sie die Anbindung an das Merheimer Kreuz favorisiert habe. Es handele sich hierbei um die vernünftigste Lösung. Allerdings habe sich Köln in dieser Sache anders entschieden. Heute gehe es u. a. darum, beim Bahnflächenpool NRW Gelder für die notwendige Machbarkeitsstudie zu erhalten. Der Unterschied zur Situation im Jahre l998/99 sei, daß es damals um die Errichtung einer Straße auf dem Bahndamm mit „Einhausung“ gegangen sei. Ein solches Projekt wäre unzumutbar und unvertretbar gewesen. Sie habe zwar immer noch Zweifel, ob die Bahndammtrasse geeignet sei, müsse die Klärung jedoch den Fachleuten überlassen. Einer Machbarkeitsstudie zur Klärung der Frage einer Untertunnelung des Bahndammes könne auch sie zustimmen. Sie sei allerdings nicht der Auffassung, daß mit einem heutigen Beschluß Planungen der nächsten 10 bis 15 Jahre perspektivisch bereits näher rückten. Man werde sich zunächst darum bemühen, Geld für die Machbarkeitsstudie zu erhalten. Es bestünden gute Aussichten, in den Bahnflächenpool NRW aufgenommen zu werden.

Sodann faßt der Hauptausschuß zunächst mehrheitlich mit den Stimmen von CDU

und SPD folgenden **Beschluß:**

1. **Die Stadt Bergisch Gladbach stellt umgehend einen Aufnahmeantrag für einen Autobahnzubringer über die Bahndammtrasse in den Landesstraßenbedarfsplan.**

2. **Aufbauend auf dem städtischen Gutachten zur Variantenuntersuchung aus dem Jahre 1998 wird eine Machbarkeitsstudie erstellt, die Linienführung, Bauart, Kosten, Finanzierung und Zeithorizont der Realisierung der Bahndammlösung mit möglichst direkter Autobahnanbindung an eine neue oder eine vorhandene Anschlußstelle (analog dem Güterterminal Eifeltor) klärt und zwar unter Vorgabe unterirdischer Lösungen überall dort, wo bei offener Führung Wohnbebauung, Umweltbelange, konkurrierende Geländenutzung etc. beeinträchtigt würden.**

   Es soll weiterhin geklärt werden, ob, wie und in welchem Umfang private Finanzierung (analog der A 31) die Verwirklichung beschleunigt.

Danach faßt der Hauptausschuß mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD folgenden **Beschluß**:

1. **Der Hauptausschuß spricht sich für eine Weiterführung der Planungen auf der Grundlage einer konkret zu bestimmenden Trasse aus.**

2. **Die Planungen sollen für den Planfall 6 (Bahndammtrasse) von der geplanten Querspange (Verbindungsstraße zwischen der Bensberger Straße und dem Refrather Weg) bis zur Brüderstraße als Anbindung an die A 4 erfolgen.**

3. **Bedingung für die weiteren Planungen ist eine Untertunnelung der Trasse.**

4. **Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt die Aufnahme dieser Trasse in den Landesstraßenbedarfsplan.**

5. **Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt des weiteren die Aufnahme des Bahndamms in den Bahnflächenpool NRW.**

8. Verwendung der Landeszuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

@->
Frau Münzer begibt sich in den Zuschauerraum, da sie befangen ist.

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, sie habe am 07.10.2003 ein Schreiben des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit erhalten, mit welchem dieser entsprechend dem Hinweis der Verwaltung in der Vorlage die Projekte seines Zuschußantrages konkretisiere. Die Prüfung habe ergeben, daß alle Projekte schlüssig seien. Um dem Stadtverband Planungssicherheit zu geben, ergänzt sie die Beschluß-

empfehlung dahingehend, daß dem Stadtverband 17.458,35 € als Zuschuß zur Förderung seiner Projekte und der seiner Mitglieder zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag entspreche der Höhe nach in etwa dem Zuschuß, den der Stadtverband auch im vergangenen Jahr erhalten habe.

Herr Dr. Kassner ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden. Auf seine Nachfrage bestätigt Bürgermeisterin Opladen, daß hinsichtlich einer über- oder außerplanmäßigen Bereitstellung der Mittel die vom Kämmerer verfügte Haushaltssperre nicht gilt.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß für die Lokale Agenda 21 in 2003 über das Jugendcamp hinaus keine Mittel aus dem Zuschuß beantragt werden sollen. Der Agenda- Beauftragte trete somit zugunsten des Stadtverbandes zurück. Dies begründe sich auch daraus, daß der Zuschuß für 2003 insgesamt geringer ausfalle.

Frau Schöttler- Fuchs möchte wissen, ob eine Vereinbarung dahingehend möglich sei, dem Stadtverband den Förderungsbetrag des Landes künftig direkt und in voller Höhe zur Verfügung zu stellen. Dies diene ihrer Auffassung nach einer Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Stadt.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß Innenminister Behrendt verlautbart habe, es werde ab dem kommenden Jahr keine pauschalierte Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mehr geben.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

1. **Abweichend von den §§ 1 Abs. 2, 10 Abs. 2 Ziffer 2 Zuständigkeitsordnung wird auf die Beratung im Finanz- und Liegenschaftsausschuß verzichtet.**

2. **Die Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG 2003 wird wie folgt verwendet:**

   a) **Für das internationale Jugendcamp in Bergisch Gladbach- Moitzfeld im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wird ein Betrag von 2.000,00 € zur Verfügung gestellt.**

   b) **Die BONO- Direkthilfe e.V. erhält einen Zuschuß von 2.050,00 € zur finanziellen Förderung des Besuches von Vertreterinnen der nepalesischen Partnerorganisation Maiti Nepal im Rahmen der KinderKulturKarawane in Bergisch Gladbach.**

   c) **Aus der Zuweisung wird auch der an das Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH zu zahlende städtische Mietzuschuß in Höhe von 450,00 € für den Kunstbazar der Arbeitsgemeinschaft Bergisch Gladbach von Terre des Hommes Deutschland e.V. finanziert.**

   d) **Der Restbetrag in Höhe von 17.458,35 € wird dem Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit Bergisch Gladbach e.V. zur Verfügung**

gestellt.

3. Die Zustimmung zur Leistung und Deckung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 21.958,35 € wird gemäß § 82 Abs. 1 GO NRW erteilt.

Frau Münzer kehrt an ihren Platz zurück.

<-@

7. 6. Änderung des Nahverkehrsplans des Rheinisch-Bergischen Kreises

und

12.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 24.09.2003 zur Zukunft der Stadtverkehrsgesellschaft

und

12.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des ÖPNV-Angebotes der Stadt

@->

Frau Ryborsch betont die Notwendigkeit, die Schnellbuslinien SB 31 und 42 in der heutigen Form zu erhalten. Sie würden gerade auf dem Streckenabschnitt zwischen Bensberg und Köln/Hauptbahnhof außerordentlich stark von Bergisch Gladbacher Bürgern genutzt. Es handele sich bei der heutigen Linienführung nicht um einen Parallelverkehr zur Linie 1, da die Busse ab Lustheide ihre Fahrgäste direkt über die Autobahn in die Kölner Innenstadt transportierten. Ein Durchfahren der Kölner Stadtteile werde damit vermieden. Sie bittet darum, die Entscheidung zu vertagen und die Fahrgastzählungen vorzunehmen.

Bürgermeisterin Opladen stellt klar, daß der Hauptausschuß die anstehenden Änderungen des Nahverkehrsplanes nur zur Kenntnis nehmen könne.

Herr Orth gesteht zu, daß die Stadt Köln im vorliegenden Falle am längeren Hebel sitze. Dennoch müsse man die geplante Maßnahme nicht einfach kritiklos hinnehmen. Es sei wichtig zu erfahren, wer von der Maßnahme betroffen werde.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, daß ein Vertagen des Beschlusses den Kreis nicht an seinem weiteren Vorgehen hindere. Er bewertet die heutige Linienführung als sinnvoll, verweist jedoch auf die Notwendigkeit, sie ggf. selbst zu finanzieren. Dies sei jedoch nicht denkbar.

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, daß die Initiative zur Kürzung des Linienweges der beiden Buslinien von Köln ausgehe und nicht im Interesse des Rheinisch-Bergischen Kreises liege. Ursprünglich habe die Nachbarstadt die Maßnahme bereits zum Fahrplanwechsel im Dezember umsetzen wollen. Dies geschehe jetzt erst zum „kleinen Fahrplanwechsel“ im Juni 2004. Der Hintergrund der Kölner Entscheidung liege offenbar darin, daß die RVK die Linienführung als defizitär bewerte. Sofern eine Kompensation der durch die Linienführung anfallenden Kosten in Betracht gezogen werde, brauche er vom Hauptausschuß einen konkreten Hinweis.

Frau Ryborsch wünscht ein Signal an den Kreis, daß die Buslinien in ihrer heutigen Linienführung erhalten bleiben. Gedacht werden könne ggf. an eine Ausdünnung des Fahrplantaktes zu nutzerschwachen Zeiten. Notwendig seien Fahrgastzählungen. Der Beschlußvorschlag der Verwaltung sei demgegenüber zu wenig. Eine Installierung von Ersatzverkehren sei schwierig und ebenfalls nicht kostenlos.

Frau Schneider schlägt vor, den Beschlußvorschlag dahingehend abzuändern, daß die anstehende Änderung mit Bedauern zur Kenntnis genommen werde. Da die Bürgermeisterin beauftragt werde, die weiteren Verhandlungen zu führen, könne diese anschließend auch der Meinung der Stadt Ausdruck verleihen, es handele sich bei der heutigen Linienführung der beiden Buslinien nicht um einen klassischen Parallelverkehr.

Herr Dr. Kassner stimmt dieser Vorgehensweise zu.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden **Beschluß:**

Die anstehende Änderung des Nahverkehrsplanes des Rheinisch-Bergischen Kreises wird mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die weiteren Verhandlungen gemäß der nachfolgenden Sachdarstellung zu führen.

Danach begründet Frau Ryborsch den Antrag ihrer Fraktion zu Pkt. 12.1. Sie möchte wissen, wann genau der Hauptausschuß mit der künftigen Ausgestaltung der Stadtverkehrsgesellschaft befaßt werde.

Stadtbaurat Schmickler erklärt, daß er sich derzeit mitten in den notwendigen Verhandlungen befinde. Es sei beabsichtigt, bis zum Ende des Jahres eine klare Position zu erarbeiten, die auch mit dem Kreis abgestimmt sei.

Es besteht Einvernehmen, daß der Antrag damit erledigt ist.

Im Anschluß daran begründet Frau Ryborsch den Antrag ihrer Fraktion zu Pkt. 12.2. Von großer Wichtigkeit sei zu klären, wie die Zukunft der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aussehe. Es gebe inzwischen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach die Kreise auch weiterhin Träger des öffentlichen Personennahverkehrs sein dürften. Der ÖPNV werde auch zukünftig ein Zuschußgeschäft bleiben. Als größte Stadt des Rheinisch-Bergischen Kreises ziehe Bergisch Gladbach aus dem vorhandenen Netz des ÖPNV auch den größten Nutzen. Aufgrund dessen müsse sie ihre Position hinreichend darstellen. Sie weist auf die Bemühungen der KWS hin, ihren Zuschußbedarf zu reduzieren. Hinsichtlich Pkt. 3 ihres Antrages erläutert sie, daß viele Busse bereits sehr alt seien und daher nicht über einen sinnvollen Ausstattungsstandard verfügten. Sie benennt die Niederflurtechnik und Klimaanlagen. Es sei wichtig, solche Standards künftig bei Ausschreibungen für neue Busse mit zu berücksichtigen.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß der Aufgabenträger demnächst die neu zu installierenden Stadtbuslinien auszuschreiben habe. Bieten könne in diesem Verfahren auch die Wupper Sieg AG. Es sei seiner Auffassung nach nicht unproblematisch, wenn ein Aufgabenträger eine solche Ausschreibung vornehme und eine Gesellschaft, an der er Miteigentum besitze, auf eine solche reagiere. Dies sei ein Grund, weshalb

über den Verkauf der Anteile an der Wupper-Sieg AG nachgedacht werde. Er stimmt Pkt. 1 des Antrages dahingehend zu, daß die Stadt nachhaltig ihre Interessen beim Kreis bei der Erstellung des neuen Nahverkehrsplanes vertrete. Dem zweiten Halbsatz von Pkt. 1 und Pkt. 2 des Antrages stimme die CDU nicht zu. Pkt. 3 des Antrages werde befürwortet in der Form, daß sich die Stadt im Kreis für die Sicherung der Qualitätsstandards bei Neuausschreibungen im NVP einsetze, insbesondere im Interesse der Behinderten.

Herr Orth möchte sich mit seiner Fraktion hinsichtlich des Pkt. 2 des Antrages enthalten. Im übrigen liege die Kompetenz für eine Entscheidung über den Antrag beim Kreis und nicht bei der Stadt.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß es des öfteren Anträge gebe, für deren Bescheidung städtische Gremien im Grunde nicht zuständig seien. Dennoch würden diese immer behandelt. Auch im vorliegenden Falle wolle sie davon keine Ausnahme machen.

Sodann faßt der Hauptausschuß zunächst einstimmig folgenden **Beschluß:**

1. **Die Stadt Bergisch Gladbach vertritt nachhaltig ihre Interessen beim Kreis bei der Erstellung des neuen Nahverkehrsplanes.**

2. **Die Stadt Bergisch Gladbach setzt sich beim Kreis für die Sicherung der Qualitätsstandards bei Neuausschreibungen im NVP ein, insbesondere im Interesse der Behinderten.**

Im Anschluß daran lehnt der Hauptausschuß Pkt. 2 des Antrages mehrheitlich gegen Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der SPD ab.

<-@

9. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 28.07.2003**

@->

Der Hauptausschuss faßt einstimmig folgenden **Beschluß:** <-@

@->

Die beigefügte Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW vom 28.07.2003 über die Dienstreise des Ratsmitgliedes Waltraud Schneider in die litauische Partnerstadt Marijampole in der Zeit vom 11. bis 15.09.2003 wird genehmigt.

<-

10. **Anhörung zur Bestellung der stellvertretenden Vorsitzenden und von Mitgliedern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Bürgermeisterin Opladen korrigiert die Mitteilungsvorlage dahingehend, daß nicht sie, sondern die Bezirksregierung beabsichtige, die benannten Mitglieder in den Gu-

tachterausschuß zu berufen.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

11. Änderung der Zuständigkeitsordnung
- hier: Änderung der Schwellenwerte für die Zuständigkeit des Vergabeausschusses

Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**
<-@
Der II. Nachtrag zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der Fassung der Vorlage beschlossen.

<-@

12.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 23.09.2003, die Bürgermeisterin zu beauftragen, zur nächsten Ratssitzung den Entwurf einer überarbeiteten Fassung der städtischen Satzung über die Durchführung von Bürgerentscheiden vorzulegen

@->
Herr Orth sieht seine Fraktion als in der Sache entscheidungsfähig an, hat jedoch keine Bedenken, im Sinne einer Übereinkunft dem Verfahrensvorschlag der Bürgermeisterin zu folgen.

Herr Buchholz sieht es nach den Erfahrungen mit der Durchführung des Bürgerentscheides hinsichtlich des US- Cross- Border- Leasings als notwendig an, die Satzung zu überarbeiten. Auch er stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

Es besteht Einvernehmen, daß wie von der Verwaltung vorgeschlagen verfahren wird.

<-@

13. Anfragen der Ausschußmitglieder

@->
1. Anfrage zum Qualitätsstandard von Linienbussen

Herr Ziffus weist darauf hin, daß in anderen Städten und Gemeinden sehr häufig bereits Linienbusse mit Klimaanlage im ÖPNV verwendet werden. Er möchte wissen, ob es außer der hiesigen Region noch andere gebe, die neue Busse ohne Klimaanlage anschaffe.

Diese Frage wird von Stadtbaurat Schmickler bejaht.

2. Anfrage zur Durchführung der nächsten Wahlen zum Ausländerbeirat
---

Frau Wöber- Servaes fragt an, in welcher Form die nächsten Wahlen zum

Ausländerbeirat organisiert werden sollen. Dort sei vorgeschlagen worden, die Wahl zusammen mit der nächsten Kommunalwahl durchzuführen.

Bürgermeisterin Opladen sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Danach schließt sie die öffentliche Sitzung. <-@